

Basta!

Nr. 3 / September 2006

Basels starke Alternative

Profitmaximierung auf Kosten der Lebensqualität

Grosseinkaufszentrum Stücki Nein

Am 24. September entscheiden die Basler StimmbürgerInnen über die Überbauung des Stücki-Areals. Das Referendum gegen den Bau eines Einkaufszentrums auf dem Areal der ehemaligen Stückfärberei wurde von Basta!, den Grünen, dem VCS und dem WWF ergriffen, weil in der Debatte im Grossen Rat sämtliche vorgeschlagenen Massnahmen zur Verbesserung der Anbindung an den öffentlichen Verkehr abgelehnt wurden.



Wer sich mit den Plänen der Bauherrschaft auseinandersetzt, merkt schnell, dass das geplante Einkaufszentrum völlig auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet

ist: Direkt vor dem Einkaufszentrum ist nur eine Haltestelle der Buslinie 36 geplant – notabene eine Ringlinie, die nicht direkt ins Zentrum führt. Die Endstation der Tramlinie 8 ist für FussgängerInnen mit vollen Einkaufstaschen zu weit weg, um eine ernsthafte Alternative zum Auto zu bieten. Dafür sind 825 unterirdische Parkplätze geplant, damit das Einkaufen mit dem Auto auch wirklich attraktiv ist.

Abgesehen davon, dass für ein derart überdimensioniertes Einkaufszentrum in der Region kein Bedarf besteht, ist das befürchtete Verkehrsaufkommen für die ohnehin schon stark belasteten Quartiere Klybeck und Kleinhüningen nicht tragbar.

Nach der von den Bauherren in Auftrag gegebenen Umweltverträglichkeitsprüfung wird das geplante Einkaufszentrum zu einer beträchtlichen Zunahme bei den Stickoxiden führen, weshalb an die Bewilligung der Anzahl Parkplätze ein Fahrtenkontingent geknüpft wurde. Die Höchstzahl der erlaubten *Einfahrten* (!) ins Parking beträgt maximal 120'000 pro Monat und insgesamt 1,3 Millionen pro Jahr. Sollte das Fahrtenkontingent wiederholt überschritten werden, kann das Baudepartement Sanktionen wie zum Beispiel Bussen oder Abbau von Parkplätzen verfügen, doch wie oft das Kontingent überschritten werden kann und wie verbindlich die Sanktionen wären, ist nirgends festgehalten. Die BewohnerInnen von Kleinhüningen müssen also mit mindestens 2,6 Millionen zusätzlichen Autofahrten – wenn nicht gar mehr – in ihrem Quartier rechnen. Kein Wunder ist der Widerstand gegen dieses unsinnige Projekt in den betroffenen Wohngebieten gross.

Kleinhüningen und Klybeck leiden

schon jetzt unter dem hohen Verkehrsaufkommen. An einer Veranstaltung des Baudepartements zur Verkehrsproblematik in Kleinhüningen Ende Juni zeigte sich deutlich, dass die BewohnerInnen dieser Quartiere genug haben von den täglichen Staus, den Lastwagen, dem Lärm und dem Gestank. Die Veranstaltung des Baudepartements hat gezeigt, dass eine Lösung der bestehenden Verkehrsprobleme noch in weiter Ferne liegt und dass zahlreiche weitere Projekte mit nicht abschätzbaren Aus-

Fortsetzung Seite 2



Mutationen an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Profitmaximierung (Fortsetzung)

wirkungen auf den Verkehr geplant sind (Tramverlängerung nach Weil, Hafenverlegung an den Klybeckquai, Science Park etc.). Ein glaubwürdiges Konzept für die Verkehrsberuhigung und die Steigerung der Wohnqualität in Kleinhüningen/Klybeck existiert nicht. Solange die bestehenden Verkehrsprobleme nicht gelöst sind, ist ein weiteres Projekt wie das Grosseinkaufszentrum auf dem Stücki-Areal für die Quartierbevölkerung schlicht unzumutbar.

Neben der zusätzlichen immensen Verkehrsbelastung werden aber auch negative Auswirkungen auf die lokalen Quartierläden befürchtet. Die Kaufkraft der KundInnen wird ja nicht plötzlich grösser, nur weil ein neues Einkaufszentrum entsteht. Dafür wird sich der Verteilungskampf unter den Anbietern verschärfen. Darunter leiden werden voraussichtlich die Quartierläden, die kleinen Filialen der Grossverteiler und auch die Läden in der Innenstadt. Das be-

deutet letztendlich eine Konzentration des Angebots auf wenige grosse Verkaufsläden und eine schlechtere Versorgung in den Quartieren (Lädelisterben) und in der Innenstadt.

Wenn nun die Investoren damit drohen, dass bei einem Nein zum Grosseinkaufszentrum ein Logistikzentrum mit Zufahrt für Lastwagen auf dem Stücki-Areal erstellt würde, dann zeigt dies, dass sie mit grobem Geschütz auffahren, um ihre Rendite zu retten. Die Taktik der Drohung mit etwas schlimmerem (Lastwagenterminal) soll einerseits dazu führen, dass die QuartierbewohnerInnen ihren Widerstand aufgeben und das vermeintlich kleinere Übel (Einkaufszentrum) schlucken. Andererseits sollen die aktiven GegnerInnen des Einkaufszentrums verunglimpft werden, es gehe ihnen ja gar nicht um das Wohl der AnwohnerInnen, sondern sie betrieben pure ideologisch begründete Verhindererpolitik.

Die Haltung hinter dieser Taktik ist blanker Zynismus, hat sich doch die Lobby

der Bauherren im Grossen Rat gegen jeden Vorschlag zur Verbesserung der Anbindung des Stücki-Einkaufszentrums an den öffentlichen Verkehr mit Händen und Füssen gewehrt. So sicher waren sie sich, dass sie ihr Projekt durchboxen können, notfalls mit der Drohung, es würde sonst ein Lastwagenterminal gebaut. So fantasielos macht das reine Profitstreben! Dabei gäbe es mit etwas gutem Willen viele Möglichkeiten, das Stücki-Areal zu gestalten, so dass die Bevölkerung Kleinhüningens, Kleinbasels und der ganzen Stadt etwas davon hätte. Denkbar wäre zum Beispiel eine grosszügige Grünfläche, Sport- und Freizeitanlagen, aber auch die kulturelle Nutzung des Gebiets. Dies alles sind Möglichkeiten, die für die Investoren zwar nicht so viel Profit versprechen, aber für die Bevölkerung ungeahnte Verbesserungen der Wohn- und Lebensqualität bringen. Doch zuerst muss das unsinnige Projekt „Stücki-Grosseinkaufszentrum“ gestoppt werden, deshalb Nein zur Überbauung des Stückfärberei-Areals!

Heidi Mück

Eine Anwohnerin äussert sich zur Stücki-Überbauung

Marianne Mattmüller, Ärztin und langjährige Bewohnerin von Kleinhüningen, formuliert ihre Bedenken zur geplanten Stücki-Überbauung



Marianne Mattmüller

Du hast als betroffene Anwohnerin gegen die Überbauung des Stücki-Areals mit einem Einkaufszentrum Einsprache erhoben. Was waren Deine Gründe?

In allererster Linie ersehe ich aus den vorliegenden Unterlagen, dass das geplante Riesenprojekt eine massive Zunahme an Verkehr bringt. Die bisher genannten Lösungsvorschläge sind weder für den Individualverkehr noch für die Erschliessung via öffentliche Verkehrsmittel ausgereift und

überzeugend; das heisst: unser Quartier, in dem sich die Autos heute schon oft stauen und die Luft fast täglich aus diversen Gründen miserabel ist, wird über die Grenze des Erträglichen hinaus belastet. Ausserdem ist mir die Notwendigkeit eines weiteren Shoppingpalasts inklusive Hotel mit Sicht auf Kläranlage, chemische Industrie und Sondermüllverbrennung nicht ersichtlich.

Die Einsprache wurde, wie zahlreiche andere Einsprachen von QuartierbewohnerInnen, abgewiesen. Mit welcher Begründung? Was hältst Du von dieser Begründung?

Meine Einsprache habe ich im Juni 2003 eingereicht und seither weder eine Eingangsbestätigung, noch einen Abweisungsbescheid, noch eine Begründung bekommen.

Die Tivona AG droht damit, ein Lastwagenterminal oder ein 40 Meter hohes Fabrikgebäude auf dem Gelände der Stücki zu bauen. Wie schätzt Du diese Drohung ein?

Was würde das für die AnwohnerInnen bedeuten?

Auf weitere Drohungen möchte ich gar nicht eingehen. Ich empfinde auch mindestens 4'000 zusätzliche Autofahrten pro Tag durch die ausgelasteten Strassen Kleinhüningens als Bedrohung.

Welche Wünsche und Ideen hast Du für das Stücki-Areal?

Das Stücki-Areal gehört der Tivona AG (und der Novartis, Anmerkung der Redaktion), welche als Unternehmen von ihrem Besitz profitieren will, daher ist es nicht einfach, von Wünschen und Ideen zu reden, welche eine kulturelle Bereicherung und Zunahme der Lebensqualität für unser Quartier darstellen könnten. Mein Hauptanliegen beschränkt sich deshalb realistisch leider auf die Beschränkung der Nachteile für uns Menschen in Kleinhüningen. Wir leben hier mit schlechter Luft, sehr viel Verkehr und Lärm, wenig Kultur und Grünflächen. Diese Situation darf nicht noch verschlechtert werden!

Die Fragen stellte Heidi Mück

Unterstützen Sie die Abstimmungskampagne gegen das Grosseinkaufszentrum Stücki!



Patrizia Bernasconi

Liebe Leserin, lieber Leser

Am 15. März dieses Jahres hat der Grosse Rat grünes Licht für den Bau eines gigantischen Einkaufszentrums auf dem Areal der ehemaligen Stückfärberei in Kleinhüningen gegeben. Gegen diesen Beschluss haben WWF, VCS, Grüne und BastA! das Referendum ergriffen. Inzwischen haben sich zusätzlich die IG Velo, Oekostadt und umverkehrR dem Komitee angeschlossen. Wir sind überzeugt, dass das geplante Grosseinkaufszentrum weder Kleinhüningen noch der Stadt Basel Vorteile bringt. Im Gegenteil. Da das Areal äusserst schlecht an den öffentlichen Verkehr angeschlossen ist, müssen wir mit einer massiven Zunahme des motorisierten Individualverkehrs rechnen. Höhere Konzentrationen von Luftschadstoffen, mehr Lärm und weniger Wohnqualität wären die Folgen. Das Grosseinkaufszentrum Stücki würde ausserdem Quartierläden und Läden in der Innenstadt konkurrenzieren. Schon jetzt stehen – vor allem in Kleinbasel – etliche Geschäftsräume leer. Kurz: Das geplante Einkaufszentrum würde Kleinhüningen und Basel nicht auf-, sondern abwerten.

Noch ist es nicht so weit. Noch können wir dem unsinnigen Projekt einen Riegel schieben. **Am 24. September** haben die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt das letzte Wort. Wir rechnen mit der Unterstützung all jener, denen Wohn- und Lebensqualität wichtiger sind als die Ankurbelung eines fragwürdigen Einkaufstourismus. **Stimmen Sie Nein zum Grosseinkaufszentrum Stücki!**

BastA! ist im Abstimmungskampf stark engagiert, nicht nur ideell, sondern auch finanziell. **Damit unser finanzielles Engagement das Budget nicht sprengt, sind wir auf Spenden angewiesen.** Benutzen Sie den beiliegenden Einzahlungsschein. Danke!

Mit freundlichen Grüssen

Patrizia Bernasconi, Grossrätin

Am 24. September

Nein

zum Grosseinkaufszentrum Stücki

BastA!
Postfach, 4005 Basel
sekretariat@basta-bs.ch
www.basta-bs.ch
PC 40-31244-5

BastA!

Basels starke Alternative

Widersinnig und Brutal

Gewiss werde ich nicht die neuen illegalisierten Asylsuchenden verköstigen, nahm ich mir vor, als ich Ende 2003 meine Stelle bei Solidarité sans frontières aufgab. Niemand, weder staatliche Stellen noch Hilfswerke, bereitete sich damals auf die aus der Sozialhilfe entlassenen Asylsuchenden vor.

Fünf Monate später hielt ein kranker Illegalisierter bei mir Einzug. Ein Monat danach waren es schon sechs. Einer schlief unter dem Esstisch, zwei weitere im Doppelbett, einer auf der Bettvorlage und zwei weitere quetschten sich in die Zwischenräume. Die jungen Männer mit Nichteintretensentscheid kamen meistens mit einem Riesen Hunger an, und ich schleppte eine Menge 5kg-Reissäcke an. Das Reiskochen begann schon am frühen morgen. Junge illegalisierte Frauen brachten wir anderweitig unter. Aber es waren viel weniger Frauen, die unsere Unterstützung beanspruchten.

Das EJPD als neue Legislative

Die Illegalisierungsregel wurde gleich nach der Ablehnung der SVP-Asylinitiative am 24. November 2002 von Bundesrätin Ruth Metzler und vom Flüchtlingsamtdirektoren Jean-Daniel Gerber ausgeheckt: Asylsuchende, auf deren Gesuch nicht eingetreten wird, werden nach einer Ausreisefrist von 24 Stunden aus dem Asylbereich ausgegliedert und zum Sans-papiers erklärt. Diese Regel wurde mit dringlichem Bundesbeschluss in das seit 2001 laufende Revisionsverfahren des Asylgesetzes eingespielen und vorzeitig, bereits am 1. April 2004, in Kraft gesetzt. Bundesrat Blocher gefiel diese Erfindung seiner Vorgängerin so sehr, dass er sieben weiterführende Verschärfungsvorschläge in die laufende Gesetzesrevision einführte. So die Ausdehnung des Sozialhilfestopps und der Illegali-

sierungsregel auf alle abgewiesenen Asylsuchenden. So auch die Verdoppelung der Ausschaffungshaft und die Erweiterung der „Nichteintretenstatbestände“: Asylsuchende, die innerhalb von 48 Stunden ihren Pass oder ihre ID nicht abgeben, sollen künftig aus dem Asylverfahren ausgeschlossen und dem Heer der Illegalisierten angegliedert werden. Der Aufschrei der Landeskirchen, der Hilfswerke und der linken Partei verhallte im Leeren. Am 17. Dezember 2005 verabschiedete das Parlament das Asylgesetz in der blocherschen Version.

Ähnlich ist es dem seit ca. 2000 in Revision stehenden Ausländergesetz ergangen. Die Parlamentsdebatten dazu standen schon kurz vor dem Abschluss, als das Parlament mit den Wahlen von 2003 einen massiven Rechtsrutsch erfuhr. Neugewählte Einwanderungsbegrenzer wie Philip Müller von der Aargauer FDP begannen, den Gesetzestext umzuschreiben, strichen Rechtsansprüche heraus und schränkten den Familiennachzug ein.

Menschenverachtende Praxis

Das neue Ausländer- und das revidierte Asylgesetz sind durch die zahlreichen Illegalisierungsregeln stark ineinander verschränkt. Ein zunehmender Teil der Asylsuchenden wird nach ein paar Wochen als Illegalisierte dem Ausländergesetz unterstellt. Mit dessen ausgebauten Straf- und Zwangsstrukturen lässt sich beliebig auf den Illegalisierten herumdressen. Schon

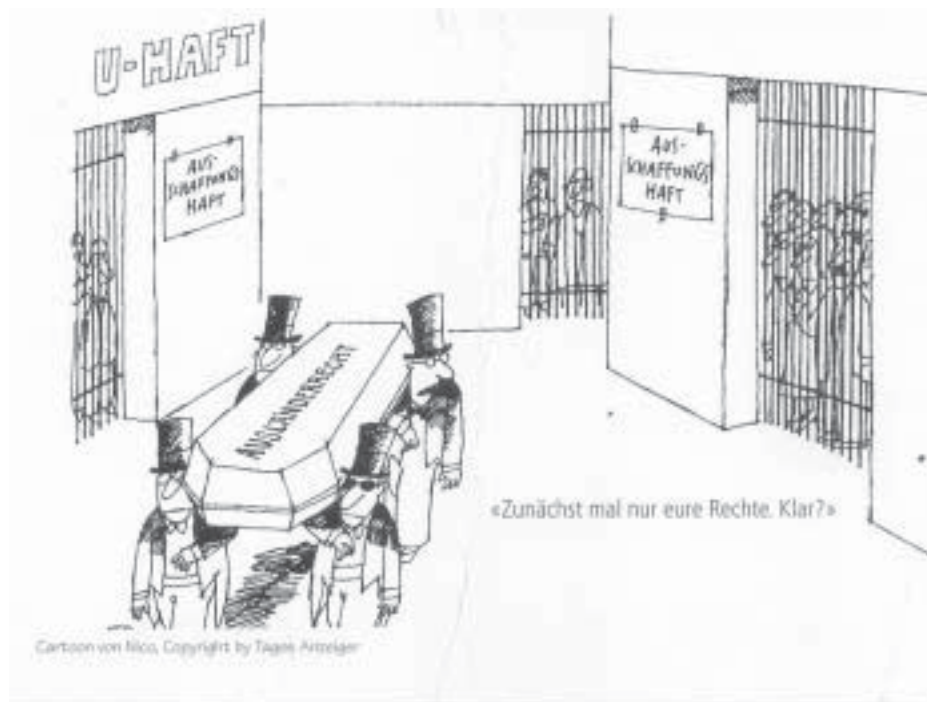
heute ist die Praxis widersinnig und brutal. So erklären die Hafttrichter und die Fremdenpolizisten den Ausschaffungshäftlingen, dass sie aus dem Gefängnis heraus ihre Rückkehr vorbereiten müssen. Und da ihnen das bisher nicht geglückt sei, müsse die Haft verlängert werden. Die Fremdenpolizeien einiger Deutschschweizer Kantone schöpfen die Maximalfrist von neun Monaten häufig bis auf wenige Tage voll aus und werden dies auch bei der Verdoppelung auf zwei Jahre tun. Wer einmal in Ausschaffungshaft ist, ist rechtlos und der Fremdenpolizei völlig ausgeliefert, die diese Haft schon längst zur Beugehaft umfunktionierte hat. Den Illegalisierten werden mit eigentümlichen Herkunftsanalysen diejenigen Herkunftsländer zugewiesen, die sich am ehesten für eine Rücknahme bereit zeigen.

Weder die Behörden der Herkunftsländer noch die Asylsuchenden und ImmigrantInnen sind bereit, sich der eurozentrischen Migrationspolitik zu unterwerfen. Für einen grossen Teil der Bevölkerung in armen Ländern sind die Geldüberweisungen ihrer emigrierten Angehörigen das wichtigste Einkommen: Die Weltbank schätzt, dass sie jährlich weltweit mindestens 250 Milliarden US-Dollar in die Südländer überweisen und stellt fest, dass diese Überweisungen die Armut erheblich zu lindern vermögen. Sie führen zu einer höheren Einschulungsrate und mindern frühzeitige Schulabgänge – insbesondere bei den Mädchen – und sie senken die Kinderarbeit.* Für viele Südländer stellen die Lohnüberweisungen der EmigrantInnen eine bedeutende Einkommensquelle dar, weshalb sie wenig interessiert an der von den Zuwanderungsländern geforderten Rücknahme ihrer Staatsangehörigen sind. Die ImmigrantInnen, die eine risikoreiche und teure Reise nach Europa hinter sich haben, entfliehen nicht nur sicherheitspolitischen Gefahren, sondern stehen auch in der Pflicht ihrer Angehörigen. Oft sterben sie lieber, als mit leeren Händen oder schutzlos in die Heimat zurückzukehren.

Frauen besonders betroffen

Frauen bilden die Mehrheit der über 100'000 Sans-papiers, die in der Schweiz arbeiten. Das Parlament hat am Schluss der AuG-Debatte einen Antrag auf eine Legalisierungsmöglichkeit für Sans-papiers verworfen. Mit der neuen Illegalisierungsregel im Asylgesetz werden mehr Frauen mit Kindern ausgegrenzt werden

Fortsetzung Seite 5



Schleichende Erosion der Grundwerte

Asylgesetz

Die laufende Asylgesetzrevision und der polarisierend geführte Abstimmungskampf über das neue Asylgesetz ist Ausdruck eines bedenklichen und verheerenden Prozesses: Eine schleichende Erosion der Menschenrechte ist im Gang! Dieser gilt es entschieden Einhalt zu gebieten. Mit einem NEIN zum Asylgesetz setzen Sie ein klares Zeichen, die humanitäre Tradition hochzuhalten.



Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat sich in den letzten Jahren intensiv mit Fragen des Asylwesens auseinander gesetzt und eine eigene, in sich ausgewogene Migra-

tionspolitik entwickelt. Mit dem Referendum zum Asylgesetz hat er sich bereits frühzeitig und eingehend beschäftigt. So hat er sich denn auch entschlossen, es seinen Mitgliedern zu überlassen, ob sie das Referendumskomitee unterstützen wollen. Nicht Kostengründe haben ihn dazu bewogen. Im Vordergrund stand ganz klar die humanitäre Tradition, die durch diese Vorlage in Frage gestellt ist. Ich selbst bin dem Referendumskomitee aus Überzeugung beigetreten.

Humanitäre Kernpunkte tangiert

Die Gesetzesvorlage ist in einigen Punkten in Bezug auf die humanitären Grundwerte fragwürdig. So soll der Nichteintretensentscheid der Papierlosigkeit verschärft werden. Führerausweis oder Geburtsurkunde reichen nicht mehr aus, um die Identität zu beglaubigen, es braucht Reisepass oder Identitätskarte, die innert 48 Stunden nach Gesuchstellung vorgelegt werden müssen. Dies verletzt indes die Bestimmungen der Flüchtlingskonvention, denn gerade Verfolgte haben oft keine Reisepapiere.

Weiter soll der Sozialhilfestopp ausgedehnt werden. Alle abgewiesenen Asylsuchenden sollen künftig aus jeglichen Sozialhilfestrukturen ausgewiesen werden. Damit werden jedoch zahlreiche Menschen in die Nothilfe, die Illegalität und Verelen-

dung getrieben. Die Rechnung für diesen Schritt zahlen letztlich die Städte und Kantone.

Menschenrechtlich heikel ist die Beugehaft, die neu zusätzlich zur Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft eingeführt werden soll. Dabei sollen u.a. 15- bis 18-Jährige neun Monate inhaftiert bleiben, was unverhältnismässig lang ist.

Die maximale Haftdauer aller Haftarten soll neu bei Erwachsenen bei 24 Monaten, bei Minderjährigen bei 12 Monaten angesetzt – viel zu lang und viel zu teuer! Untersuchungen zeigen, dass andere Massnahmen die Rückkehr besser fördern.

Ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl können Asylsuchende gemäss neuer Vorlage in ihren privaten Unterkünften durchsucht werden. Damit werden sie unter Generalverdacht gestellt, und der verfassungsmässige Schutz der Privatsphäre wird arg verletzt.

Der Kanton Basel-Stadt hat mit seiner langen, humanitären Tradition viele gute Erfahrungen gemacht. Auch wenn Gerechtigkeit und Menschenrechte und deren rechtliche Durchsetzbarkeit Kosten und Probleme verursachen, gilt es, der drohenden schleichenden Erosion der Menschenrechte Einhalt zu gebieten. Die Verunsicherung der Bevölkerung durch Probleme im Zusammenhang mit der Migrationsbewegung der 90er Jahre ist verständlich. Die Vorlage vermag allerdings keine Ruhe in die Diskussion zu bringen, sondern schafft im Gegenteil neue Probleme. Die Justizbehörden und führenden Politikerinnen und Politiker müssen daher einen unmissverständlichen Einsatz für die Grundrechte zeigen. Mit einem NEIN gewinnen wir die Chance, die strittigen und rechtlich fragwürdigen Punkte der Vorlage auszuräumen.

Guy Morin



Die Grossdemo in Bern Mitte Juni dieses Jahres bildete den Auftakt zur Abstimmungskampagne gegen das Asyl- und Ausländergesetz. (Foto: Maya Heuschmann)

Fortsetzung von Seite 4

und der grossen Masse der Personen ohne regulären Aufenthalt angegliedert. Frauen bilden stets die Mehrheit in den am meisten benachteiligten Gruppen und eine Minderheit bei den Privilegierten. Unter den gemäss dem AuG legal zugelassenen „hochqualifizierten Drittstaatenangehörigen“

werden Frauen wenig vertreten sein, denn es besteht kein Anspruch auf Kindernachzug. Personen mit familiären Verpflichtungen benötigen stabile Aufenthaltsbedingungen.

Zu Frauen, die wegen frauenspezifischen Fluchtgründen Asyl erhalten haben, gibt es keine Statistik. Gemäss unseren Erfahrungen sind es ausserordentlich we-

nige. Zwar sollen seit kurzem auch Flüchtlinge, die vor nichtstaatlichen Verfolgern geflohen sind, Asyl erhalten. Doch mit den gestrafften Asylverfahren und den zahlreichen Ausschlussgründen werden frauenspezifische Fluchtgründe kaum mehr zum Tragen kommen.

Anni Lanz

* World Bank – Global Economic Prospects (GEP), report for 2006.

NEIN zum neuen Ausländergesetz

Eidgenössische Abstimmungen

Am 24. September kommen zwei wichtige Gesetze zur Abstimmung, welche die Ausländerpolitik der Schweiz betreffen: das revidierte Asylgesetz und das neue Ausländergesetz. Beide Gesetze tragen die fremdenfeindliche Handschrift von Bundesrat Blocher. Linke Parteien, Gewerkschaften, Flüchtlingsorganisationen, kirchliche Organisationen und weitere fortschrittliche Kräfte haben das Referendum gegen die beiden Gesetze ergriffen. Die ablehnende Haltung geht auch weit in bürgerliche Kreise hinein, die mit diesen Gesetzen die humanitäre Tradition der Schweiz gefährdet sehen.



Das neue Ausländergesetz (AuG) betrifft ca. 700'000 in der Schweiz lebende ausländische Mitmenschen, welche nicht aus der EU kommen (sogenannte Drittstaatsangehörige). Der

Aufenthalt von EU-BürgerInnen und ihren Angehörigen ist durch die bilateralen Verträge geregelt. Durch das AuG werden AusländerInnen erster und zweiter Klasse geschaffen: während die EU-BürgerInnen den Schweizerinnen und Schweizern weitgehend gleich gestellt sind, werden Nicht-EU-Ausländer durch das neue Gesetz massiv diskriminiert.

Behördenwillkür

Drittstaatsangehörige haben auch nach mehr als 10 Jahren Aufenthalt kein Recht auf eine Niederlassungsbewilligung. Ob eine Niederlassungsbewilligung erteilt wird oder nicht, entscheiden die Behörden. Unter anderem soll auch der „Grad der Integration“ massgebend sein. „Integration“ lässt sich aber nicht so einfach messen. Letztlich wird es im Ermessen der Behörden sein, wem sie eine Niederlassungsbewilligung erteilen. Es liegt auf der Hand, dass gut qualifizierte Fachleute keine Mühe haben werden, eine Niederlassungsbewilligung zu erhalten, während Arbeiterinnen und Arbeitern, die schlecht verdienen und vielleicht gar nach jahrelanger Arbeit in der Schweiz gesundheitliche Probleme bekommen, die Niederlassungsbewilligung verweigert wird.

Schafft neue Sans-Papiers

Aus Nicht-EU-Staaten sollen in Zukunft nur noch gut qualifizierte Fachleute und Spezialisten zugelassen werden. Es ist aber eine Tatsache, dass unser Arbeitsmarkt auch wenig qualifizierte Arbeitskräfte braucht. Wenn Stellen angeboten werden, werden auch weiterhin Menschen ohne Arbeitsbewilligung kommen und beschäftigt werden. Im ersten Gesetzesentwurf war noch vorgesehen, dass Sans-Papiers unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf eine Härtefallprüfung gehabt

hätten. Diese Bestimmung wurde vom Parlament aus dem Gesetz gestrichen.

Kein Recht auf Familiennachzug

Kinder, die über 12 Jahre alt sind, müssen innerhalb eines Jahres ihren Eltern in die Schweiz folgen. Die Behörden können aber den Nachzug der Kinder verweigern, wenn das Einkommen der Eltern nicht ausreicht und keine „angemessene Wohnung“ vorhanden ist. MigrantInnen, welche schlecht verdienen, haben oft in den ersten Jahren ihres Aufenthalts in der Schweiz nicht die finanziellen Möglichkeiten, mit der ganzen Familie in der Schweiz zu leben. Wenn der Familiennachzug dann finanziell möglich wäre, sind die Kinder vielleicht schon über 12 und werden nicht mehr zugelassen. Der erschwerte Familiennachzug verletzt die Kinderrechte und widerspricht der Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Auch Schweizerinnen und Schweizer diskriminiert

Schweizerinnen und Schweizer, die mit

einer Drittstaatsangehörigen verheiratet sind, müssen zusammenleben. Sonst kann dem Partner/der Partnerin der Aufenthalt in der Schweiz verweigert werden. Für Kinder aus einer früheren Ehe gelten ebenfalls die erschwerten Bedingungen des Familiennachzuges. Damit sind diese binationalen Ehen gegenüber Paaren, bei denen ein Ehepartner EU-BürgerIn ist, diskriminiert.

Auch das Grundrecht der Ehefreiheit wird mit dem neuen AuG eingeschränkt, denn Standesbeamte können eine binationale Eheschliessung verweigern, wenn sie das Gefühl haben, es handle sich um eine Scheinehe. Schnüffelmethode und behördliche Willkür sind vorprogrammiert!

Gewerkschaftliche Anliegen

Für die Gewerkschaften ist es nicht nur aus prinzipiellen Gründen wichtig, diese diskriminierenden und Menschenrechtsverletzenden Gesetze zu bekämpfen. Es gibt auch ur-gewerkschaftliche Gründe dafür: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Unsicherheit leben, können sich schlecht gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeiten wehren. Diskriminierungen beim Aufenthaltsstatus führen auch zu Diskriminierungen am Arbeitsplatz und beim Lohn. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Arbeitnehmenden, die bei uns leben und arbeiten, die gleichen Rechte haben. Unsere Kolleginnen und Kollegen aus Italien, Spanien und Portugal, die als MigrantInnen in der Schweiz früher auch diskriminiert waren, heute aber dank der bilateralen Verträge mit der EU nicht mehr in Unsicherheit leben müssen, erinnern sich noch gut an frühere Zeiten. Viele von ihnen haben früher als Saisoniers in der Schweiz gearbeitet und ihre Kinder und Frauen haben oft jahrelang als Sans-Papiers in der Schweiz gelebt. Sie setzen sich deshalb heute in der Gewerkschaft solidarisch und an vorderster Front gegen die beiden Gesetze ein.

Rita Schiavi

(Rita Schiavi ist Mitglied der Geschäftsleitung Gewerkschaft Unia, unter anderem verantwortlich für die Interessengruppe Migration)

Unser Abstimmungsempfehlungen auf einen Blick

Eidgenössische Vorlagen:

Nein zum revidierten Asylgesetz. Dieses Gesetz ist unmenschlich und löst keine Probleme, sondern schafft nur neue.

Nein zum neuen Ausländergesetz. Dieses Gesetz ist diskriminierend, da es zwei Klassen von Ausländerinnen und Ausländern schafft. Zudem öffnet es der Behördenwillkür Tür und Tor.

Ja zur Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“. Die Kantone erhalten weiterhin eine Milliarde Franken. Den Rest der Nationalbankgewinne der AHV zufließen zu lassen, ist eine gute Idee.

Kantonale Vorlagen:

Nein zum Grosseinkaufszentrum Stüchi. Das Grosseinkaufszentrum bringt Kleinhüningen und Basel nichts ausser mehr Verkehr, mehr Lärm und mehr Gestank.

Krieg im Nahen Osten

Friedensdemo

Gegen den Krieg im Nahen Osten und für einen sofortigen Stopp der militärischen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Israel demonstrierten am 29. Juli Tausende in Bern. BastA! hat diese Friedensdemonstration unterstützt. Wir dokumentieren im Folgenden die Rede, die Jo Lang, Nationalrat der Alternative des Kantons Zug, an der Demonstration gehalten hat.

Liebe Kriegsgegnerinnen / Liebe Friedensfreunde

Vor einer Woche hat der israelische Friedensaktivist Jonathan Shapira in einer Rede gegen den Nahost-Krieg in den USA folgenden Appell lanciert: „Es ist unsere Pflicht, jetzt in die Welt hinaus zu schreien: Wenn ihr euch um mein Volk sorgt und ebenso um das palästinensische und das libanesische, dann müsst ihr massiven Druck auf die israelische Regierung ausüben. Und Druck auf die israelische Regierung ausüben heisst Druck auf eure eigene Regierung ausüben.“

Shapira, ein ehemaliger Luftwaffen-Offizier, meinte primär die Regierung Bush. Aber sein Aufruf richtet sich auch gegen Bush's gehorsame Diener in der Schweizer Landesregierung und Armeeführung. Der Bundesrat hat am letzten Mittwoch nicht nur Micheline Calmy-Rey's Friedensdiplomatie gestoppt. Er hat auch ihre von 90 Prozent der Bevölkerung geteilte Kritik an der israelischen Kriegführung desavouiert. Er hat die Rolle der Schweiz als Hüterin der Genfer Konvention verraten.

Und er hat sich lächerlich gemacht mit der Behauptung, im Nahen Osten herrsche kein Krieg, bloss ein Konflikt zwischen Israel und Hisbollah. Wie will ein Bundesrat, der nicht einmal weiss, was Krieg ist, dem Frieden dienen?

Die bürgerlichen Bundesräte führen die enge militärische Kooperation weiter, wie wenn nichts geschehen wäre, wie wenn die israelische Armee in den letzten zwei Wochen nicht über 400 Libanesinnen und Libanesen und gleichzeitig zahlreiche Palä-

stinenserinnen und Palästinenser getötet hätte.

„Unsere Landesväter“ halten an der Rüstungszusammenarbeit fest, obwohl sie davon ausgehen müssen, dass die mit der Schweiz entwickelten Aufklärungsdrohnen für die aussergerichtlichen Hinrichtungen im Gaza und für den Bombenkrieg im Südlibanon verwendet werden. Obwohl der Verdacht besteht, dass die israelische Armee die mit der Schweiz entwickelte, völkerrechtlich geächtete Streumunition einsetzt.

Sollte dieser Bundesrat jemals wieder das Wort „Friedensförderung“ in den Mund nehmen, beispielsweise im Zusammenhang mit dem gestern von Bush und Blair geforderten Truppeneinsatz im Libanon, dann wäre das schlimmer als Orwellscher newspeak. Dann wäre das Blasphemie.

Wir appellieren an alle Nationalrätinnen und Nationalräte, denen der Frieden im Nahen Osten ein echtes Anliegen ist, im September den IFASS-Deal mit Israel rückgängig zu machen. Viele stimmten ihm vor einem Jahr zu, weil sie fälschlicherweise an eine Entspannung im Nahen Osten glaubten. Wie zu befürchten war, ist das Gegenteil eingetreten.

Die GSoA wie auch die Grünen solidarisieren sich mit allen zivilen Opfern dieses Krieges. Wir verurteilen alle Kriegshandlungen aller Kriegsparteien gegen alle Zivilbevölkerungen. Aber wir übersehen dabei nicht, dass mehr als 90 Prozent der Opfer Opfer der israelischen Armee sind. Und wir wissen auch, dass Israel als einzige regionale Grossmacht von der einzigen globalen Grossmacht unterstützt wird. Diese doppelte Übermacht ist eines der Haupthindernisse auf dem Weg zu einem gerechten Frieden.

Ich schliesse mit zwei Sätzen des eingangs zitierten israelischen Kriegsgegners Jonathan Shapira: „Wir wissen, dass die Situation im Nahen Osten sehr fragil ist. Die US-Regierung braucht nicht viele Ereignisse, um uns in einen regionalen Krieg zu verwickeln.“ Auch deswegen ist diese Antikriegs-Demonstration eine Fortsetzung der Antikriegs-Bewegung vom Frühjahr 2003.

Josef Lang, GSoA-Vorstand, Vertreter der Grünen Fraktion in der SiK Nationalrat



Kriegsmaterial-Exporte verbieten!

Waffen sind kein Produkt wie jedes andere. Sie werden hergestellt, um Menschen zu töten. Die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten will dem Geschäft mit dem Tod einen Riegel schieben. Mit einem Verbot von Waffenausfuhren kann die Schweiz ihrem humanitären Engagement neue Glaubwürdigkeit verleihen und ein starkes Zeichen für eine friedlichere Welt setzen.

Auch Sie können mithelfen, dass die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten ein Erfolg wird. Falls Sie über einen Internet-Anschluss verfügen, können Sie unter der Adresse

www.kriegsmaterial.ch Unterschriftenbogen ausdrucken. Auf dieser Website finden Sie auch viele Informationen über die Praxis der Schweizer Waffenausfuhr und Argumente für die Initiative. Sie können aber auch auf dem BastA!-Sekretariat Unterschriftenbogen bestellen (Tel. 061 691 16 31).

**Unterschreiben Sie die Volksinitiative
für ein Verbot von Kriegsmaterial-
Exporten**

Palästina-Politik wohin?

Veranstaltungshinweis

Schweiz und EU:
Palästina-Politik wohin?

Ein Gespräch mit Geri Müller über die aktuelle Entwicklung im Nahen Osten und unsere Handlungsmöglichkeiten. Geri Müller ist Nationalrat der Grünen (Aargau) und Mitglied der Aussenpolitischen Kommission.

Donnerstag, 21. September,
Gewerkschaftshaus, Rebgrasse 1,
1. Stock, 20 Uhr

- ☐ Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- ☐ Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- ☐ Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr.-
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).
- ☐ Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgrasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Ein Ja ohne Emotionen!

Kosa-Initiative

Die sogenannte „Kosa-Initiative“ will einen Teil der Gewinne der Nationalbank in die AHV fliessen lassen. Bisher galt, dass ein Drittel dieser Gewinne an den Bund, zwei Drittel an die Kantone gehen. Neu soll ein fixer Betrag von 1 Milliarde Franken auf die Kantone aufgeteilt werden, der Rest der AHV zugute kommen.



Lanciert wurde die Initiative von der SP unter der Federführung von Ruedi Rechsteiner. Sie stellt den Versuch dar, angesichts der demographischen Entwicklung – mehr Rentne-

rInnen, die immer älter werden – der AHV zusätzliche finanzielle Mittel zukommen zu lassen. Das Positive daran ist, dass Mittel, welche durchaus auch antizyklisch anfallen, zur Sicherung der Altersvorsorge eingesetzt werden sollen. Die Gewinne der Nationalbank ergeben sich aus Währungsschwankungen und Zinsgewinnen. Allerdings sind die Erträge der Nationalbank grossen Schwankungen unterworfen, so dass die stark voneinander abweichenden Annahmen, wie sie der Bundesrat einerseits, Ruedi Rechsteiner und sein Umfeld andererseits machen, kaum verifiziert werden können.

Die Kantone, die zum Teil gegen die Initiative opponieren, bekommen 1 Milliarde

aus den Gewinnen der Nationalbank garantiert. Das ist weniger als in den vergangenen Jahren, aber mehr als in den neunziger Jahren. Wenn mehr Gelder in die Kassen von Bund und Kantonen fliessen, werden diese aufgrund der heutigen Mehrheitsverhältnissen kaum für zukunftswei-

Die Kosa-Initiative nützt der AHV, sichert aber die Renten nur beschränkt

sende Projekte im Bereich Bildung, Ökologie oder öffentlichem Verkehr eingesetzt. Vielmehr ist zu befürchten, dass zusätzliche Einnahmen als Vorwand für Steuer-senkungen dienen oder – wie bei den Gold-millionen – zum Schuldenabbau verwendet werden.

Die Kosa-Initiative nützt der AHV, sichert aber die Renten nur beschränkt. Da müssen schon Massnahmen wie ökologische Steuerreform oder die Besteuerung der Kapitalgewinne umgesetzt werden. Trotzdem verdient diese Initiative unser Ja!

Urs Müller

Positionen zur Stadtentwicklung

Die AG Stadtentwicklung Grüne / BastA! organisiert im Herbst drei Tagungen zu den Entwicklungsperspektiven der Stadt am Dreiländereck. Mit der Veranstaltungsreihe wollen wir im Hinblick auf das Zusammenwachsen der Agglomeration und die notwendige grenzüberschreitende Kooperation den Austausch zwischen grünen und linken Akteuren aus der Nordwestschweiz, dem Landkreis Lörrach und dem südlichen Elsass fördern. Zur Diskussion stehen insbesondere planerische und städtebauliche Fragen sowie die Möglichkeiten grenzüberschreitender Verwaltungs- und Partizipationsstrukturen.

Samstag, 28.10.2006, 10-15 Uhr (mit kleinem Mittagessen), Dreispitz
Das Dreiländereck am südlichen Oberrhein – eine Metropolitanregion?

Samstag, 25.11.2006, 10-13 Uhr, NT-Areal
Soziale Stadtentwicklung: Die Stadt und ihre BewohnerInnen

Sonntag, 26.11.2006, 14-17 Uhr, NT-Areal
Öffentlichkeit und Grün im städtischen Raum

Details ab Mitte September unter www.basta-bs.ch

Impressum: Nr. 3/September 2006. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgrasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis, Redaktion: Karin Haerberli, Irene Amstutz, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel